

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

3 (21.1.1948)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 3

Mannheim, 21. Januar 1948

Preis 15 Pfg.



Ungeheuerliche Großprovokation entlarvt

Erfundene „Geheimdokumente“ statt Brot / Antidemokratischer Feldzug mit Fälschungen und plumpem Schwindel

Goebbels ist nicht tot, schreibt „Neues Deutschland“ zu den großaufgemachten Sensationsmeldungen der westlich lizenzierten Presse über ein angebliches „Geheimdokument“ der KPD, das schon vor weitem alle Spuren einer gemeinen und verbrecherischen Fälschung aufweist. Der „Vorwärts“ spricht auf Grund verschiedener Umstände den Verdacht aus, daß der erfahrene Nazi-Propagandist Hans Fritzsche, der, wenn auch vorläufig nur in einem Interniertenlager, bereits wieder als Redakteur tätig sein darf, an der Abfassung dieses Machwerks beteiligt war, da er über besonders große, einschlägige Erfahrung verfügt. Es sei offensichtlich, daß als Vorlage der berühmte Reichstagsbrandplan Görings gedient habe.

Eine einstimmig angenommene Entschließung des Parteivorstandes der SED, der am 14. und 15. Januar tagte, unterrichtet die Öffentlichkeit über die politischen Hintergründe dieser unverschämten Provokation und nennt auch die Fälscher. Die Entschließung lautet:

„Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands brandmarkt das vom amerikanisch-englischen Geheimdienst produzierte und in die amerikanisch-britisch lizenzierte Presse lancierte angebliche „Sabotageprogramm der KPD“ als eine plumpe Provokation, durch die von den schweren Anschlägen abgelenkt werden soll, die gegenwärtig von dem amerikanisch-britischen Monopolkapital und seinen Agenten gegen das deutsche Volk unternommen werden. Das ist eine alte Methode der Reaktion, auf die bereits auf unserem 2. Parteitag hingewiesen wurde und vor der wir ernstlich warnen. Jedes Wort in dem vorliegenden Schanddokument ist gefälscht. Der ganze Inhalt enthüllt den plumpen Schwindel, mit dem die Öffentlichkeit betrogen werden soll.“

Wir wußten von diesem Plan und waren den Fälschern eng auf der Spur. Wir wissen, daß dieses Schanddokument forgesetzt ergänzt und verändert wurde und daß zuerst bei Auftauchen dieses Planes die Militärbehörden Zweifel über die Wirksamkeit einer solchen Provokation hatten. Erst die Zuspitzung der Lage durch die Frankfurter Beschlüsse und die große Auswirkung des deutschen Volkskongresses haben alle Bedenken beiseite geschoben und so ist es plötzlich zur Veröffentlichung dieses Buhenstückes gekommen.

Der „Sozialdemokrat“, das Organ der Schumacher, Neumann, Swolinsky, frohlockt und glaubt, mit diesem Schanddokument die reaktionäre Politik Schumachers verschleiern zu können. Aber das werden wir ihnen nicht gestatten. In den westlichen Besatzungsgebieten steigt die Not der werktätigen Massen, und immer schlimmer wird der Hunger. Die Arbeiter beginnen, sich durch Streiks gegen diese

Hungerpolitik zu wehren. Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter, vereint in den Gewerkschaften, greifen zur Selbsthilfe, um eine verbesserte Ernährung und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen: Sie sehen das Unglück vor Augen, das durch die Zerreißung Deutschlands über das deutsche Volk gebracht wird. Der Marshall-Plan bringt ihnen keine Hilfe, sondern unterwirft sie der Diktatur des amerikanischen Monopolkapitals. Die geplante Währungsreform wird eine einseitige unsoziale Belastung der Werktätigen, Arbeitslosigkeit und gesteigertes Elend bringen. So können breite Kämpfe der Arbeiter nicht ausbleiben. Darum wurde dieses gefälschte Schanddokument geschaffen, um die Kämpfe der Arbeiter zu diskreditieren und sie zu verhindern. Die einzige Kraft, auf die die Arbeiterschaft bauen kann, ist ihre Einheit und ihre Verbundenheit mit allen anderen antifaschistischen und demokratischen Kräften. An dieser Kraft werden auch solche Fälscherkunststücke scheitern.“

2. Volkskongreß am 18. März 1948 in Berlin

Einsetzung eines deutschen Konsultativrats gefordert — Vorbereitung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands

(E. B.) Unter Vorsitz von Dr. Wilhelm Külz tagte am 15. Januar der ständige Ausschuß des Deutschen Volkskongresses. Er beschloß, den Deutschen Volkskongreß in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, am 18. März 1948, dem 100. Jahrestag der deutschen Märzrevolution, zu seiner zweiten Tagung zusammenzutreten zu lassen. Otto Grote wahl bezeichnete den 7. und 8. Januar, an dem die verhängnisvollen Frankfurter Beschlüsse vorgelegt wurden, als schwarze Tage der deutschen Geschichte. Minister Prof. Dr. Hermann Kastner sprach über die Aufgaben, die dem deutschen Volke heute aus der Erbschaft der unvollendeten Revolution von 1848 zugefallen sind. Der ständige Ausschuß des Volkskongresses nahm eine Resolution an, in welcher die Frankfurter Beschlüsse als das Ergebnis der Politik gewisser Kreise bezeichnet werden, die um jeden Preis ein einheitliches demokratisches und unabhängiges Deutschland verhindern wollen. „Jeder wahrhaft demokratische Deutsche erblickt in den Beschlüssen von Frankfurt das Aufgeben der nationalen Interessen des deutschen Volkes.“ Demgegenüber fordert der deutsche Volkskongreß eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands.

„Er wünscht vom Alliierten Kontrollrat die Einsetzung des schon auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgesehenen deutschen Konsultativrates, der die Aufgabe haben müßte, eine solche Volksabstimmung vorzubereiten, den Entwurf einer demokratischen Verfassung vorzulegen und Bestimmungen zur Durchführung der Wahlen für eine Nationalversammlung auszuarbeiten, um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen.“

Angesichts der durch die Frankfurter Beschlüsse geschaffenen ersten Lage beschließt der Ständige Ausschuß die Einberufung der 2. Tagung des Volkskongresses für ganz Deutschland zum 18. März 1948 nach Berlin.

Der Ständige Ausschuß ruft alle Deutschen auf, mit unverminderter Kraft den Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden fortzusetzen.

Alle demokratischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen werden aufgerufen, aktiv die Vorbereitungen zum zweiten Volkskongreß durchzuführen und ihre Delegierten zu entsenden.“

Der Kampf um die Einheit ist erfolgreich!

Parteivorstand der SED zur Frankfurter Tagung

Vor einigen Tagen trat in Berlin der Parteivorstand der SED zusammen und faßte u. a. einstimmig eine „Entschließung zur Tagung in Frankfurt a. M.“, in der es heißt:

„Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärt die in Frankfurt a. M. erteilte Zustimmung zur Zerreißung Deutschlands als Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes. Der Wille des deutschen Volkes ist eindeutig auf die Einheit Deutschlands gerichtet. Dieser Wille ist unbeachtet beiseite geschoben. Die beschlossene Zerreißung Deutschlands kann das deutsche Volk nicht anerkennen, es wird den Kampf um die Einheit und den Frieden mit verstärkter Kraft fortsetzen.“

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fordert nach wie vor die Durchführung einer

Volksabstimmung über die Schaffung der einheitlichen, unteilbaren deutschen Republik, in der den Ländern die gleichen Rechte einzuräumen sind, die sie nach der Weimarer Verfassung hatten.“

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wendet sich an die gesamte Partei mit der Aufforderung, sich im Kampfe für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden nicht beirren zu lassen und sich dabei mit allen fortschrittlichen Deutschen zu verbünden. In diesem Kampfe ist die Partei von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Spaltungspolitik schließlich scheitern wird, weil es eine reaktionäre Utopie ist, das Ergebnis des jahrhundertelangen Kampfes um die deutsche Einheit rückgängig zu machen. Der geschichtliche Fortschritt läßt sich nicht aufhalten. Der Kampf um die Einheit wird erfolgreich sein.“

Der geschichtliche Fortschritt läßt sich nicht aufhalten.

Der Kampf um die Einheit wird erfolgreich sein.

Lenins Werk lebt!

Von Willy Grimm

Januar 1924. Die Nachricht kam: Unfaßbar, betäubend; das Herz wollte stillstehen. Lenin tot! Nach Marx selbst der bedeutendste Marxist. Schöpferisch, unerbittlich konsequent, der Große der internationalen Arbeiterbewegung, der in entscheidender geschichtlicher Stunde das Richtige und Notwendige tat. Ein großes Volk, das russische, führte er sicher aus der Katastrophe des imperialistischen Weltkrieges, aus Jahrhunderte alter Knechtschaft feudalistischer Tyrannei, das neue Joch kapitalistischer Unterdrückung dabei genau so gründlich zerschlagend als das alte. Die Oktoberrevolution endete mit dem Sieg des russischen Volkes und mit ihr war die erfolgreiche Durchbruchschlacht des Sozialismus gegen den imperialistischen Kapitalismus im Weltmaßstab geschlagen. Die sozialistische Revolution in Rußland leitete eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ein. Die Oktoberrevolution ist das Werk Lenins und seiner bolschewistischen Partei!

Lenin dachte klarer und schärfer als irgend einer seiner Zeitgenossen. Viele hatten vor und mit ihm versucht — Marxisten wie ihre Gegner — unsere Geschichtsepoche zu durchdringen und zu erfassen. Was ihnen versagt blieb, gelang der Genialität Lenins. Lenin legte das Gerippe seiner Epoche bloß, zeichnete ihren Inhalt und enthüllte ihre Entwicklungsgesetze. Den Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus erfaßte Lenins messerscharfe und unbestechliche Analyse als Periode imperialistischer Kriege und sozialer Revolutionen, als Kampf der untergehenden, verfallenden kapitalistischen gegen die neugeborenen, werdenden sozialistischen Gesellschaftsordnung. Diese entwickelte marxistische Erkenntnis gab die Voraussetzung für zielklare und bewußte Orientierung des sozialistischen Kampfes in Rußland und der ganzen Welt; sie war die Grundlage, daß ohne zu irren vor und während des ersten Weltkrieges trotz opportunistischer und reformistischer Verfälschung und Verflachung der Theorie und Praxis des Sozialismus, die in der Sozialdemokratie sich ausgebreitet hatten, der Weg des konsequenten Marxismus erhalten blieb. Während die sozialdemokratischen Führer im chauvinistischen Sumpf des ersten Weltkrieges waten, in Deutschland mit dem Kaiser gingen, in Frankreich und England die Ehe mit dem Imperialismus schlossen und in Rußland mit der feudalen und kapitalistischen Reaktion wechselnde Koalitionen eingingen, entrollte Lenin mächtiger denn je das Banner des Marxismus. Seine Partei und internationale Anhängerschaft wurden unter seiner Führung zur bedeutendsten geschichtsbildenden Kraft.

Die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland mußte vieles vernichten und wegfegen, um Raum zu schaffen für das Fundament des Neuen. Die Oktoberrevolution leistete gründliche Arbeit. In der Geschichte verfügten Revolutionäre häufig über ein Höchstmaß zerstörender Kraft. Lenin besaß Kraft und Fähigkeit über Menschenvermögen zu aufbauender zukunftsbildender Gestaltung. Die Geburt und der heute unbestrittene Bestand des Sowjetstaates sind Zeugnis dafür. Lenin war der Meister des dialektischen Materialismus, den er für seine Zeit zur Vollendung entwickelte. In ihm besaß er die Waffe, die ihm souveräne Überlegenheit auf allen Gebieten gab, ganz gleich, ob es sich um den theoretischen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Weltgewerkschaftsbund schließt Spalter aus

Einer Meldung der Düsseldorfer „Freiheit“ zufolge, ist Leon Jouhaux, der Gründer des abgesplitterten französischen Gewerkschaftsverbandes „Force Ouvriere“, vom Weltgewerkschaftsbund benachrichtigt worden, daß er aus der Mitgliederliste dieser Organisation gestrichen sei. Zum neuen Vertreter Frankreichs im Weltgewerkschaftsbund hat die Leitung der CGT Alain Le Leap ernannt.

Wallace sagt: Marshallplan ist Kriegspolitik

Wie DENA berichtet, bezeichnete der ehemalige amerikanische Handelsminister Henry Wallace auf einer Versammlung der „Fortschrittlichen Bürger Amerikas“ die Truman-Doktrin und den fälschlich als europäisches Wiederaufbauprogramm bezeichneten Marshallplan als Kriegspolitik, die durch das Interesse des Großunternehmensdiktators diktiert werde. Wallace, der als Unabhängiger zu den Präsidentschaftswahlen in USA kandidiert, empfahl unter verschiedenen anderen Maßnahmen auch die Aufgabe der zum Kriege hinführenden Politik und erklärte die Schaffung einer dritten Partei für notwendig, weil die Regierung das Programm Roosevelts aufgegeben hätte.

1948: 6 – 8 Millionen Arbeitslose in USA

Hervorragende amerikanische Wirtschaftswissenschaftler erklären, daß die wirtschaftliche Aktivität in USA zurückgehen wird und ein Großteil der Bevölkerung sein Einkommen nicht aufrecht erhalten kann. Im Jahre 1948 werden die USA 6–8 Mill. Arbeitslose haben, wie der bekannte Wissenschaftler Robert Nathan vor Vertretern der amerikanischen Industrie bekanntgab.

(Fortsetzung von Seite 1)
 Bereich der Erkenntniskritik der politischen Ökonomie oder des Staates handelte. Theorie und Praxis waren ihm untrennbare Einheit. Deshalb war er nicht nur der große Theoretiker, sondern auch der große Revolutionär. Er verkörperte als Höchstform den Typ des Menschen, wie ihn die Unterdrückten und die Menschheit in Jahrtausenden ihrer Geschichte nur selten hatten.

Heute ist es müßig, im einzelnen Lenins Taten und Lenins Größe zu beschreiben. Die Schöpfung Lenins hat die geschichtliche Bewährungsprobe bestanden. Riesengroß ist aufgegangen, was er als Samen in die Erde legte. Die Sowjetunion war in keiner Zeitperiode zu erschüttern. Die Saat war gesund, von natürlicher Kraft und ist unaufhaltsam gewachsen, ungeachtet und trotz der Stürme, die tobten. Lenin zeigte in Wort und Tat der leidenden Menschheit Weg und Ziel. Daß er es

nicht umsonst getan hat, dafür zeugt heute die Tatsache, daß es keinen Winkel auf der Erde gibt, wo nicht Menschen vorhanden wären, die vom Sozialismus erfüllt in ihm die Rettung aus imperialistischer Knechtschaft sehen und an ihn die Hoffnung auf eine Zukunft der Menschheit in Freiheit und Frieden knüpfen und aktiv im Kampfe stehen.

?

Pg. Nr. 8369959

ist eine maßgebende Persönlichkeit des Mannheimer öffentlichen und politischen Lebens.

(Beachten Sie weitere Nachrichten an gleicher Stelle).

Ueber die Zonengrenzen: Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden

Volkskongreß in Bremen — Ueber 1000 Delegierte aller Volksschichten und politischen Richtungen

Die große Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden wächst ständig. Unter Teilnahme von über 1000 Delegierten aus den Ländern der Bizonne und Gästen aus der Ostzone trat am 17. und 18. Januar in Bremen der erste Volkskongreß im Westen zusammen. Otto Grotewohl, SED, Otto Nuschke, CDU, Minister Prof. Dr. Kastner, LDP, hielten die Hauptreferate. In der lebhaften und vielseitigen Diskussion lösten sich Männer und Frauen aller Parteirichtungen, Angehörige der verschiedensten Organisationen, Professoren und Künstler, Betriebsräte und Bauern, Politiker und Wirtschaftler auf der Rednertribüne ab.

Von den 1037 Delegierten waren 107 Vertreter überparteilicher Organisationen, viele Delegationsmitglieder aus den Betrieben, insbesondere des Ruhrgebiets, und Angehörige der CDU, des Zentrums, der SPD, SED, KPD, SDP und LDP. Das Leitmotiv der Tagung, das immer wieder zum Ausdruck kam, lautete in kurzer Fassung: „Das ganze Deutschland soll es sein.“

In einer Entschließung über die Sicherung der Ernährung sprach der Bremer Volkskongreß die Auffassung aus, daß die Ursachen des Zusammenbruchs der Versorgung in den Westzonen, die bizonale Ernährungspolitik und die bisher sabotierte demokratische Bodenreform sind. Er verlangte die Abschaffung des bizonalen Ernährungsamtes Schlange-Schöningsen und die Errichtung einer zentralen, demokratischen Ernährungsverwaltung, gebildet aus den besten Fachleuten der demokratischen Parteien, die wirkliche Beseitigung des Reichsnährstandes und die verantwortliche Einbeziehung von Gewerkschaftsvertretern in alle Stufen der Verwaltung.

Einstimmig wurde ein Manifest angenommen, in dem es heißt: „Ein einiges demokratisches Deutschland steht über allen Einzel- und Parteiinteressen. Aus dem eindeutigen Willen des deutschen Volkes ist die Bewegung des Volkskongresses für die

Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden entstanden. Vereint durch die Sorge um die Zukunft Deutschlands bekunden wir aus freiem Entschluß: 1. Wir bekennen uns zu dem Grundsatz der ungeteilten demokratischen deutschen Republik, zu Frieden und Völkerverständigung. 2. Wir wollen einen baldigen und gerechten Frieden, der dem deutschen Volke die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und zur Gestaltung seines eigenen Lebens gibt. 3. Die wirtschaftliche Gesundung ist erst dann möglich, wenn die Zonenschranken beseitigt sind und Deutschland wieder eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit darstellt. 4. Eine Idee — allen Parteigegensätzen zum Trotz — gibt es, die von allen wirklichen Deutschen voll und ganz unterstützt wird: Die Idee eines einigen Deutschlands. Die persönliche Freiheit und die demokratische Gestaltung des Staates, findet ihren tiefsten Ausdruck in dem Prinzip des Volksbegehrens und Volksentscheids.

In dem Manifest werden dann die Beschlüsse des ständigen Ausschusses des deutschen Volkskongresses vom 15. Januar 1948 begrüßt, den Kampf um die Einheit bis zu seiner erfolgreichen Beendigung durchzuführen und eine zweite Tagung des Volkskongresses von ganz Deutschland am 18. März 1948 nach Berlin einzuberufen. Abschließend heißt es: „Die Januar 1948 in Bremen versammelten auf dem Volkskongreß am 17. und 18. Vertreter aller Parteirichtungen und Weltanschauungen wenden sich an alle Deutschen. Sie erklären, daß sie sich durch nichts, auch nicht durch die Drohung einiger Parteiführer, von den zu Recht bestehenden Forderungen nach einem gerechten Frieden und für die Erneuerung Deutschlands abbringen lassen. Sie hoffen und erwarten, daß sich alle offen für diese wahren deutschen Ziele bekennen und den Kampf des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden unterstützen.“

Vor 24 Jahren, am 21. Januar 1924, verstarb Wladimir Iljitsch Lenin, der Begründer des Sowjetstaates, der Theoretiker und Praktiker der revolutionären Arbeiterbewegung.

Lenin und MacDonald

Eine Erinnerung

Mit der Nachricht von Lenins Tod ging im Januar 1924 eine andere Meldung durch die Presse. In England war unter der Führung Ramsey MacDonalds die erste Labour-Regierung gebildet worden. Der Vergleich zwischen Lenin und MacDonald lag nahe. Im jahrhundertalten Wechselspiel zwischen den Konservativen und Liberalen in England war die Labour-Party durch einen Wahlsieg an die Macht gekommen. Die Labour-Party stellte den Prototyp der reformlistischen sozialistischen Parteien in Europa dar. Nach ihrer Lehre war nun der große historische Augenblick ihres politischen und geschichtlichen Wirkens gekommen. Nun — so dachten die ehrlichen sozialdemokratischen Beurteiler dieses Vorganges in den europäischen Ländern — findet im Gegensatz zu Lenin der als demokratisch

bezeichnete Weg zur Errichtung des Sozialismus in England seine Verwirklichung.

In rückschauender Betrachtung ist es heute leicht festzustellen, daß dieser Glaube ein Irrtum gewesen ist, denn noch vor Ende des Jahres 1924 trat der konservative Baldwin die Nachfolgerschaft von MacDonald an. MacDonald war später noch Minister in einem Kabinett „nationaler Konzentration“. Die erste Labour-Regierung aber hat in England keine von ihren Vorgängern unterschiedliche Spuren in der englischen Geschichte hinterlassen, von sozialistischen gar nicht zu reden.

Heute ist es immerhin aufschlußreich sich zu erlangen, was damals sozialdemokratische Leitartikel in Deutschland über Lenin und MacDonald schrieben. Da war nicht weniger zu lesen als: Lenin ist tot. Sein Name wird bald vergessen, sein Werk längst in Rauch und Asche verweht sein, aber der Name MacDonald wird dann in ehernen Lettern in das Buch der Geschichte eingepreßt sein; dann wird MacDonald als leuchtender Stern am Himmel des Sozialismus stehen.

Weitere Kürzung der Hungerrationen unmöglich

Einmütiger Wille aller Beschäftigten - Versprechungen lösen die Krise nicht

Die katastrophale Lage der Ernährung hat in den letzten Wochen einen Höhepunkt erreicht, der zu schlimmsten Befürchtungen für die weitere Entwicklung Veranlassung gibt. Die Zulagekartenempfänger, die seit Jahr und Tag von morgens bis abends schwerste Arbeit verantwortlich leisten, wurden in den letzten Wochen wiederholt vom Abbau ihrer sauer verdienten Zulagen bedroht. Die Unruhe in den Betrieben hat alle Beschäftigten erfaßt, weil sie mit Recht befürchten, wieder einmal die Suppe für eine unfähige Ernährungsbürokratie auslöffen zu sollen. In allen Betrieben besteht der einmütige Wille aller Beschäftigten, sich die heutigen Hungerrationen unter keinen Umständen mehr kürzen zu lassen, da sie schon bei dem heutigen Stande nur noch ausreichen, um mühselig vegetieren zu können.

Wenn die Arbeitsniederlegungen in unserem Bezirk bisher keine größeren Ausmaße angenommen haben, so ist das der unermüdlichen Arbeit der Gewerkschaften bei Abwehr von Angriffen auf die Hungerrationen zuzuschreiben. Sollte jedoch die Bürokratie nicht gelernt haben und wiederum versuchen, auf Kosten der Arbeiter ihre Abbaubestrebungen zu verwirklichen, so würde das zweifellos bei der gegenwärtig gespannten Lage zu Konflikten erster Ordnung führen.

Es besteht eine ungeheure Vertrauenskrise zwischen der werktätigen Bevölkerung und dem bürokratischen Apparat von Staat und Kommune. Diese Krise kann nicht durch Versprechungen irgendwelcher Art, sondern nur durch Schaffung neuer Tatsachen, die die Lage der Arbeitenden verbessern, gelöst werden. Solche Verbesserungen sind auch gegenwärtig durchaus möglich, wenn nicht starr nach vorgefaßten Schemen verwaltet, sondern das wirkliche Leben als Ausgangspunkt der Verwaltungstätigkeit betrachtet wird.

Wenn sich alle Kreise darüber klar sind, daß nur durch Mehrproduktion eine Verbesserung des Gesamtstandards erreicht werden kann, so müssen solche Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die Arbeitskraft und den Leistungswillen der Schaffenden zu erhalten und fortzuentwickeln. Wir haben deswegen schon seit Jahr und Tag die Betriebsküchenverpflegung gefördert, um dem arbeitenden Menschen ein warmes Essen zu garantieren. Unsere Bestrebungen fanden bei den Behörden wenig Widerhall, wurden doch die Betriebsküchen bisher mehr als stiefmütterlich behandelt. Die Bedeutung der Werkküchenverpflegung kann am besten dadurch ersehen werden, daß selbst Kranke und Urlauber in die Betriebe kommen, um in den Genuß einer warmen Mahlzeit zu gelangen. Diese Verpflegung hat außerdem leistungssteigernd gewirkt, so daß in den Mannheimer Betrieben mit einer Produktion von 60 bis 70 Prozent ein Höchstmaß an Leistung und guten Willen erreicht ist.

Die Zulagen, die in Baden ausgegeben werden, betragen nur 6,7 Prozent

der zur Verteilung kommenden Gesamtlebensmittelmengen. Ausgerechnet auf diese Zulagen und auf deren geringsten Teil, nämlich die Zulagen für Betriebsküchen, hat sich nun die Ernährungsbürokratie in Württemberg-Baden gestürzt, um sie den Arbeitern zu entreißen, in der Hoffnung, dann ihren Bankrott nicht eingestehen zu müssen.

Die Arbeiterschaft fordert immer stürmischer Ausschüsse aus ihren Reihen, die eine vollständige Erfassung aller vorhandenen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände und deren gerechte Verteilung kontrollieren und garantieren. Dies wäre ein Schritt zum Abbau der ungeheuerlichen Vertrauenskrise, in welcher unser Land gegenwärtig lebt; weil die Massen daraus ersehen könnten, daß eine Bresche in die Diktatur der Ministerialbürokratie geschlagen wäre.

Durch den Widerstand der Werktätigen sind die Anschläge auf ihre Lebenshaltung noch einmal zurückgewiesen worden. In den nächsten Tagen entscheidet es sich, ob die herrschenden Bürokraten aus den Vorgängen gelernt haben und gewillt sind, eine Ernährungspolitik zu verfolgen, die die Lebenshaltung der Schaffenden so verbessert, daß eine Produktionssteigerung erst ermöglicht wird. Wenn das geschieht, ist ein Aufstieg aus dem Chaos möglich. Wenn jedoch der bisherige Weg weiter beschritten wird, so werden die Abwehrkämpfe der schaffenden Bevölkerung solchen Umfang annehmen, wie sie heute im Ruhrgebiet in groben Umrissen ersichtlich sind. Daran können nur jene zweifeln, die von der Stimmung der arbeitenden Massen keine blasse Ahnung haben.

Es wird in Arbeiterkreisen um die Ursachen der Ernährungskrise viel diskutiert. Jedermann weiß, daß die Ernährung ohne gründliche Bodenreform und Entmachtung des Großgrundbesitzes nicht gesichert werden kann. Es ist aber auch bekannt, daß Nahrungs- und Bedarfsmittel in großem Umfang gehortet werden und damit die Warenbesitzer zum wirklichen Herrn in unserem Lande geworden sind. Die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der gegenwärtigen Ernährungskatastrophe bei uns sind ein Teil internationaler Spannungen, um die Schaffenden für bestimmte politische Ziele gefügig zu machen.

Ob das werktätige Volk seinen Lebensstandard halten und verbessern kann, hängt davon ab, ob es einheitlich und geschlossen gewillt ist, sein Recht auf Leben geltend zu machen. Die kommenden Monate werden mitentscheidend darüber sein, wie die Lasten des verlorenen Krieges verteilt werden sollen. Auf den Schultern der Arbeiter und Angestellten liegt heute bereits eine so schwere Last, daß sie nicht mehr erhöht werden kann. Dies mögen alle bedenken, die heute damit spielen, neue Belastungsproben zu machen. Nicht Abbau der gegenwärtigen Lebensmittellösungen, sondern Aufbau und Verbesserung des Lebensstandards ist der Ausweg aus Hunger und Krise. Paul Schreck, MdL.

Es war nur ein Urteil der Tagesjournalistik. Die Geschichte hat sich in ihrem Urteil nicht darnach gerichtet.

Heute steht Lenins Bild fest. Haß und Günst können es nicht mehr verrücken. Er ist der Bahnbrecher einer neuen Geschichtsepoche und ihr Gestalter. MacDonald aber? Einer von vielen; und wer weiß heute noch in der Welt und selbst im Lager des Sozialismus von ihm. Manchmal werden Prophezeiungen unfreiwillig im umgekehrten Sinne wahr. Wer wollte es bei Lenin und MacDonald bestreiten?

Willy Grimm

Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse

„Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken, oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben. Im Gegenteil, so wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“

... „Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Tat vergißt, daß die Kommunisten jede revolutionäre Bewegung unterstützen, daß wir daher verpflichtet sind, vor dem ganzen Volk die allgemeinen demokratischen Aufgaben auseinanderzusetzen und zu betonen, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistische Ueberzeugung zu verbergen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Tat seine Pflicht vergißt, allen voranzugehen in der Formulierung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein-demokratischen Frage.“



Gedächtnisfeier

Montag, den 26. Januar 1948, 18 Uhr im Rosengarten, Mannheim

Karten erhältlich in allen Ortsgruppen der KPD. Preis RM 2,—.

Streik der Angestellten

Wie DPD meldet, hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) beschlossen, einen Streik sämtlicher Angestellten in der britischen Zone vorzubereiten und davon die Militärregierung unterrichtet. Mit den Angestellten-Gewerkschaften in der amerikanischen Zone wurde vereinbart, auch im amerikanischen Besatzungsgebiet einen Angestelltenstreik durchzuführen. Die Vorbereitungen zu dem allgemeinen Angestelltenstreik wurden getroffen auf Grund zahlreicher Proteststreiks und Streikaufrufen der Ortsverbände der Angestellten, weil die für den Monat Januar zugesagte „Beschäftigtenkarte“ nicht herausgegeben wurde.

Gemogelt wurde doch!

Die Kürzung der Arbeitszulagen für die 110. Periode hatte zu einer großen Empörung der Betriebsarbeiter geführt, welche sich in verschiedenen Arbeitsniederlegungen Luft machte. Der Oberbürgermeister und die Behörden beeilten sich zu erklären, daß die Kürzungen der Zulagen wieder rückgängig gemacht werden. Dies ist in der Zwischenzeit auch geschehen, — aber wie! „Zusätzliche“ Zusatzkarten wurden ausgegeben. Soweit scheint also alles in bester Ordnung zu sein, wenn man bei dieser Gelegenheit nicht doch ein klein wenig gemogelt hätte. Bei der Schwerarbeiterzulage fehlen, alles zusammengerechnet, 25 Gramm Fett und 50 Gramm Fleisch. Bei der Normalarbeiterkarte 5 Gramm Fett und 50 Gramm Brot. Wenn man dies in jeder Periode so macht, dann erreicht man letzten Endes das vorgehabte Ziel, die radikale Kürzung der Zulagen, doch. Falls die Betriebsarbeiter es sich gefallen lassen.

Arbeiter und Bauern müssen zusammenstehen

In der von mehr als 450 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des Obst- und Weinbauvereines, Bezirk Weinheim, führte ein Diskussionsredner unter großem Beifall der anwesenden Bauern aus, daß die Bauern mit den Industriearbeitern und Angestellten zusammenarbeiten müssen zur Aenderung und Besserung der Verhältnisse. Notwendig ist der gemeinsame Kampf für die Beseitigung des Schwarzhandels und der Kompensationsgeschäfte. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, Lieferung der Industrieprodukte an die Bauern zu normalen Preisen und nicht, wie bisher im Schwarzhandel, zu Wucherpreisen. Notwendig ist



auch eine Verbesserung der Preise für landwirtschaftliche Produkte auf Kosten des Zwischenhandels und im Bezug auf die Ablieferung müsse ein bestimmtes Soll aufgestellt werden. Was darüber hinausgeht, muß den Bauern zur freien Verfügung bleiben. Der Ortsbeauftragte von Großsachsen betonte ebenfalls, daß die Bauern gerne mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten wollten.

Es ist zu hoffen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Arbeiter und Bauern sich in allen Städten und Dörfern Bahn bricht.

Achtung! Zur Bauernkonferenz in Stuttgart

am 14. Februar, morgens 9 Uhr, müssen die Ortsgruppen die Namen der Teilnehmer bis spätestens Ende Januar beim Bezirksvorstand melden.

KPD, Landesbezirksvorstand Baden
Abt. Ernährung und Landwirtschaft.

KPD zur Oberbürgermeisterwahl in Mannheim

Der Kreisvorstand Mannheim der KPD hat in einer gemeinsamen Sitzung mit der Mannheimer Stadtratsfraktion und dem Sekretariat des Landesbezirksvorstandes Baden nach eingehender Beratung beschlossen, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der Kommunistischen Partei aufzufordern, ihre Stimme bei der kommenden Bürgermeisterwahl am 1. Februar 1948 dem Kandidaten Dr. Cahn-Garnier zu geben. Entscheidend für diesen Beschluß war die Tatsache, daß es gelungen war, in Verhandlungen mit dem Parteivorstand der SPD Uebereinstimmung über wesentliche Punkte einer künftigen Kommunalpolitik zu erzielen.

In unserer nächsten Nummer werden wir noch eingehend dazu Stellung nehmen

Mitbestimmungsrecht so oder so

Der Gesetzentwurf des württembergisch-badischen Arbeitsministers und der Gewerkschaftsentwurf — Mitbestimmung - nicht „Mitwirkung“

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht wird sich nie trennen lassen vom Kampf um die elementarsten Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung. Das Betriebsrätegesetz aus dem Jahre 1920 gab der Arbeiterschaft kein Recht, über die eigentliche Produktion und ihre Verwendung ein ernstes Wort mitzureden. Das Kontrollratsgesetz Nr. 14 und die Artikel 22 und 23 der württembergisch-badischen Verfassung geben das Versprechen zur Mitwirkung. Derartige Zugeständnisse zu realisieren oder zu beschränken, darüber entscheiden letzten Endes die Kräfte, die mit mehr oder weniger Gewalt sich für das eine oder andere einsetzen. Ueber zwei Jahre tobt nun bereits der Kampf um die positive Anteilnahme der Betriebsräte und Gewerkschaften an der demokratischen Neugestaltung der Wirtschaft. Mit der zunehmenden Erstarkung reaktionärer Wirtschaftskreise in den westlichen Zonen müssen wir auch einen zunehmenden Angriff auf die Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften feststellen. Soweit Betriebsvereinbarungen bestehen, sucht man diese zu beschneiden, wo sie von den Arbeitern gefordert werden, hinauszuschieben mit dem Hinweis auf die im Parlament zu erwartende gesetzliche Regelung.

Der vom württembergisch-badischen Ministerrat dem Arbeitsminister zurückgewiesene Entwurf und ein vom Bundesvorstand ausgearbeiteter liegen nun den Gewerkschaftlern Württemberg-Badens vor. Beide Entwürfe zwingen zur Einsicht und zum Vergleich, für ein Mitbestimmungsrecht so oder so!

Entwurf (I)

über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte auf Grund der Artikel 22 und 23 der Verfassung.

I. Grundsatz

§ 1. Der nach dem gesetzlichen Bestimmung gewählte Betriebsrat ist berechtigt und verpflichtet, in allen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gleichberechtigt in der Leitung des Betriebes mitzuwirken und mitzubestimmen.

II. Sozialpolitische Rechte

§ 4. Personalveränderungen, Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen, Eingruppierungen und Beförderungen jeglicher Art bedürfen in jedem Fall der Zustimmung des Betriebsrates.

(2) Einsichtnahme in die Personalakte durch den vom Betriebsrat bestimmten Sachbearbeiter.

§ 5. Mitbestimmung beim Abschluß von Lehrverträgen und bei der Bestellung der Lehrmeister und des sonstigen Ausbildungspersonals.

§ 6. Die geltenden Tarifverträge sind in Uebereinstimmung mit dem Betriebsrat und den zuständigen Gewerkschaften anzuwenden. Aenderungen der Arbeitsmethoden können nur unter Mitwirkung und Zustimmung des BR zustande kommen.

(2) Bei der Wertung der Leistungen ist der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung in gleicher Arbeit, maßgebend.

III. Wirtschaftspolitische Rechte

§ 9 (1) Die Mitbestimmung in der Verwaltung des Betriebes erstreckt sich auf:

die Produktionsplanung, die Kalkulation und Preisgestaltung, die Rohstoffbeschaffung, die Produktion und Absatzregelung, usw., usw.

(2) Der Betriebsrat ist verpflichtet, eine laufende Kontrolle zur Verhinderung jeder Rüstungsproduktion durchzuführen.

§ 10 behandelt die Erfüllung obiger Aufgaben durch Verpflichtungen der Betriebsleitung.

Ueber die in beiden Entwürfen noch behandelten Fragen, wie Pflichten des Betriebsrates, vertragliche Abmachungen, Wirtschaftsgericht, Regelung von Streitigkeiten, Ergänzungsbestimmungen, darauf einzugehen erübrigt sich. Die Gegenüberstellung dieser beiden Entwürfe verpflichtet jeden denkenden Arbeiter und Angestellten, jeden fortschrittlichen Gewerkschaftler, für die klar umrissene und eindeutige Formulierung, wie sie in dem Entwurf des Arbeitsministers zum Ausdruck kommt, für ein wirkliches Mitbestimmungsrecht. Beide Entwürfe stehen in den Gewerkschaftskreisen zur Diskussion. Wie wir erfahren, hat eine Vorstandssitzung des ADGB Mannheim einstimmig den Ersatz der Mitbestimmung durch eine sogenannte „Mitwirkung“ abgelehnt. In den Betrieben wird bei der Diskussion über diese Entwürfe am ehesten die Durchsetzung der Mitbestimmung durch Vereinbarungen von Betriebsabkommen seine Geltung erhalten. Nicht zuletzt sind es die in den Betrieben durch den Willen der Arbeiter selbst geschaffenen Verhältnisse, die die gesetzliche Formulierung der zu erwartenden Paragraphen und Ausführungsbestimmungen entscheidend bestimmen. XY.

Entwurf (II)

über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe in der Privatwirtschaft.

I. Grundsatz

§ 1. Zum Schutze der beruflichen Interessen der Arbeitnehmer sowie zur Erreichung einer sozialen Betriebsordnung sollen die Betriebsräte in allen sozialen Fragen sowie an der wirtschaftlichen Verwaltung und Gestaltung der Betriebe mitwirken und in dem vom Gesetz vorgesehenen Umfang mitbestimmen.

II. Soziale Aufgaben

§ 4. Einstellungen, Versetzungen, Eingruppierungen und Beförderungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Betriebsräte.

(3) Ausgenommen von dieser Regelung sind die Vorstandsmitglieder und gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen. Der Arbeitgeber ist jedoch verpflichtet den BR gutachtlich vorher zu hören. (1)

§ 5. Bei der Ausbildung und Schulung der Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Umschüler hat der BR mitzuwirken.

(Völliges Fehlen einer Einfußnahme auf den Lehrkörper!)

§ 6 und 7 behandelt lediglich die gleichberechtigte Mitwirkung des BR bei allen sozialen Betreuungen der Arbeiter in den Betrieben. (Kein Eingehen auf das Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit).

IV. Wirtschaftliche Aufgaben

§ 9 (1). Der BR. hat das Recht mitzuwirken oder gleichberechtigt mitzubestimmen. (3) Zu den Gegenständen, über die er zu unterrichten und zur Mitwirkung zuzuziehen ist, gehören insbesondere:

die Produktionsplanung, die Kalkulation und Preisgestaltung usw. usf.

§ 10 behandelt dasselbe wie nebstehend mit der Ausnahme, daß die Jahresbilanz statt nach 3 spätestens 6 Monate nach Jahreschluß vorgelegt werden muß.

Ostzone

hält keine Waggon zurück

Entgegen vielfacher Behauptungen westlich orientierter Zeitungen, daß die westdeutsche Transportkrise durch Waggonzurückhaltungen der Ostzone verursacht worden sei, zeigt jetzt der Abschluß eines Abkommens, wo die wahren Ursachen der Krise zu suchen sind. Wie aus einer ZAZ-Meldung hervorgeht, war der Waggon-Mangel durch Waggonzuteilung des mittel-europäischen Waggonverteilungsamtes an Oesterreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Holland, Tschechoslowakei und die französische Zone Deutschlands, entstanden.

Meinungsfreiheit im Westen

(Eig. Bericht). Die überparteiliche „Berliner Zeitung“ berichtete in ihrem heutigen Leitartikel „Spiegelbild der Freiheit“ über ein Interview mit einem Regierungsvizepräsidenten in Aachen (dessen Name das Blatt verschweigt): „Meine Ansicht zu London? Im Vertrauen gesagt, danke ich, daß Molotow die deutschen Interessen am besten vertritt.“ Als der Journalist dies schrie, fuhr der Herr Präsident dazwischen: „Um Gottes Willen, setzen Sie das nicht in die Zeitung, ich bin ja dann ein toter Mann!“ Das sagte er wirklich und gab dann schleunigst eine genau entgegengesetzt lautende Erklärung für die Presse ab.

Getreide für England

Auf Grund des in Moskau unterzeichneten britischen Sowjet-Handelsabkommens erhält England, wie Manchester-Guardian erklärt, in den nächsten 8 Monaten mehr Getreide aus der Sowjet-Union, als es 1947 aus der gesamten westlichen Hemisphäre einführen konnte. Dabei stelle dieses Abkommen nur einen Anfang dar, denn weitere Verhandlungen sind bereits in Bälde vorgesehen. Das Abkommen versetzt England in die Lage, sich gegen die Wallstreet-Pläne zur Wehr zu setzen. Hier wurde ein Weg betreten, der im Gegensatz zu sämtlichen Marshall-Plänen für beide Länder eine wirkliche Hilfe ohne politische Bindungen bedeutet.

Kleingärtnern gekündigt

Vor 8 Jahren haben sich Betriebsangehörige der Firma Hutchinson Mannheim zwischen Hansastraße und Blindenheim Kleingärten angelegt. Viel Arbeit und Mühe war notwendig gewesen, um das steinige und verwilderte Gelände in fruchtbaren Gartenboden umzuwandeln. So manche Stunde Freizeit hat dies gekostet, hunderte von Meter Wasserrohr mußten gelegt werden, Obstbäume sind gepflanzt worden. Jetzt, ausgerechnet in der größten Notzeit, kommt das Domänenamt Heidelberg und will den Kleingärtnern das Gelände wieder wegnehmen. Irgend ein Fuhrunternehmer und ein Druckereibesitzer wollen dort bauen. Als ob es in Mannheim nicht genug brachliegendes Gelände gäbe, ganz abgesehen davon, daß das wenige Baumaterial, das wir zur Verfügung haben, zur Wiederherstellung geschädigter Gebäude dringend notwendig gebraucht wird. Dutzende von Menschen sollen die Möglichkeit, sich im Kleingarten zusätzliche Nahrungsmittel zu pflanzen, verlieren, weil irgendwelche Herrschaften schnell ihr Geld wertbeständig anlegen wollen.

Es muß erwartet werden, daß die Kündigung des Gartengeländes wieder rückgängig gemacht und daß die Genehmigung für Neubauten auf diesem Gelände von seiten der Stadtverwaltung nicht gegeben wird.

Die Zeitschriften der SED

Neuerdings können die Zeitschriften der SED „Einheit“, theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, und „Neuer Weg“, Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, auch bei uns im Westen Deutschlands durch die Post bezogen werden. Die Bestellung wird am Postschalter aufgegeben und der Briefträger bringt die Zeitschriften regelmäßig ins Haus und zieht vierteljährlich die Bezugsgebühr ein. Diese Möglichkeit einer bequemen und regelmäßigen Belieferung wird wohl von vielen in Anspruch genommen werden.

Für unsere Stadtratsfraktion suchen wir die Badische Gemeindeordnung 1921. Wir erbitten Angebote an das Sekretariat der Stadtratsfraktion, Mannheim, S 3, 10.



1948 - Das Jahr der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen

Nach 1945 ist immer wieder und zum Jahreswechsel im besonderen Maße der vielen hunderttausend Männer gedacht worden, die als Angehörige der hitlerischen Invasionsarmee in den einzelnen Ländern als Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft einen Teil der deutschen Schuld im Wiederaufbau der dort zerstörten Gebiete und der Wirtschaft abtragen. Niemand wird bestreiten wollen, daß diese Menschen durch die nun jahrelange Trennung von Angehörigen und ihren Familien einer seelischen Belastung unterworfen sind, welche weit über das Maß des Erträglichen für den Einzelnen geht. Hier Schuld und Sühne in ein verständliches Maß und Verhältnis zu bringen wird niemand gelingen. Soweit diese Männer durch ihre Arbeitsleistung und den Willen zur Wiedergutmachung dazu beigetragen haben, die Atmosphäre des Hasses der Nachbarvölker zu Deutschland abklingen zu lassen, insoweit haben sie einen wertvollen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europäischen Völker geleistet. Wenn nun das Jahr 1948 das Jahr ihrer endgültigen Heimkehr zu ihren Familien wird, dann wird damit ein Kapitel der Naziherrschaft und der deutschen imperialistischen Invasion sein Ende gefunden haben. Die sowjetische, englische, französische und jugoslawische Regierung haben bereits bindende Zusagen der endgültigen Entlassung ihrer Kriegsgefangenen entsprechend den Moskauer Vereinbarungen der Außenminister gegeben.

Die in den Nachkriegsjahren immer stärker einsetzende und im vergangenen Jahre kaum mehr zu überbietende Hetze mit den Kriegsgefangenen in der Sowjetunion - wir erinnern nur an die schamlose Behauptung von den über 3 1/2 Millionen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und der tatsächlichen Zahl, wie sie von Molotow auf der Moskauer Konferenz gegeben und von deutschen verantwortlichen Stellen in der Westzone bestätigt wurde -, diese Hetze wird auch mit dem letzten Heimkehrer nicht verstummen. Man braucht die Lüge und Verleumdung, um den Bestand der sozialistischen Sowjetunion in den Augen der werktätigen Massen der kapitalistischen Länder zu diffamieren, um desto

besser abzulenken von der eigenen Schuld, die unbestreitbar ist. Die Heimkehrer aus der Sowjetunion werden eines Tages selbst sprechen und sie werden anders reden, als diesen Hetzern lieb und angenehm ist.

Warum spricht man nicht davon, daß die in der Ostzone beheimateten Kriegsgefangenen planmäßig und absichtlich in den Entlassungslagern der westlichen Länder zurückgehalten werden? Daß den wenigen, wirklich sehr kranken Heimkehrern nach der Ostzone seit jeher die größten Schwierigkeiten bereitet werden? Weshalb werden die Heimkehrer, die in der Ostzone beheimatet sind, beim Uebertritt der zonalen Grenzen in besondere Auffanglager geleitet und ihnen dort nach bestimmten Gesichtspunkten Fragen vorgelegt, die an ein Verfahren erinnern, welches, schon einmal angewandt bei all den Rückkehrern

aus der Sowjetunion nach 1933, dennoch die deutschen Kriegstreiber 1942 nicht schützen konnte vor dem Zugeständnis: „Wir waren über das wirkliche Wirtschaftspotential der Sowjets ungenügend informiert!“

Warum spricht man nicht davon, daß die PWs in Aegypten in den britischen Lagern „seelisch völlig zusammenbrechen, daß sie geisteskrank werden“, daß sie der großen Härte der Behandlung unter „automatischem Arrest“ unterliegen und daß sie wegen geringfügiger Vergehen hart bestraft werden. (Aus einer Erklärung der evg. Pfarrer in Aegypten an den Länderrat der US-Zone NZ. vom 12. 1. 48).

Zurückgekehrt in ihre Heimat werden alle bisherigen Kriegsgefangenen im Kreise ihrer Familien sehr bald erkennen, wer die wahren Freunde des Volkes, der Demokratie und des Fortschrittes sind. Sie werden durch ihr Leid und ihre Erfahrungen sich bekennen zu einer friedlichen Entwicklung eines einigen, gesamtdeutschen Reiches und in der Verstärkung der fortschrittlichen Kräfte helfen, allen Kriegstreibern und -hetzern das Handwerk zu legen. -xy-

Genosse Huth gestorben

Die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands in Ketsch hat die schmerzliche Pflicht, das Ableben des verdienten Genossen Huth zur Kenntnis zu bringen.

Genosse Huth wurde im Jahre 1872 geboren. Mit 17 Jahren trat er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei und war stets ein aufrechter Kämpfer der Arbeiterklasse.

Als Mitbegründer der Ortsgruppe der KPD in Ketsch und aktiver Gewerkschaftsfunktionär wurde er in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt und beliebt.

Die Kommunistische Partei verliert in ihm einen aktiven Funktionär, einen guten Kameraden und einen vorbildlichen Genossen.

Am Sonntag, dem 25. Januar 1948, findet die Beisetzung der Asche statt. Die Leidtragenden, all seine Freunde und Genossen treffen sich um 14 Uhr am Rathaus Ketsch. Die Kommunistische Partei bittet um zahlreiche Beteiligung.

Unter der Lupe

Motorisierte Einbrecher bei der Arbeit
Polizist als „Schmierensteher“

In der Nacht vom 13. 1. hatte die Lebensmittelgroßhandlung Theiß, Mannheim, Alphonstraße, unangenehme Besucher. Eine gut organisierte Einbrecherbande nahm eine Revision ihres Lagers vor, die an Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und dem Städtischen Ernährungsamt für ähnliche Anlässe zum Vorbild dienen könnte. Schon um 11 Uhr fielen einige junge Kerle auf, die sich in der Nachbarschaft der Lebensmittelhandlung herumtrieben. Auch ein Verkehrspolizist stand in der Nähe und beobachtete mit großem Interesse und bewunderungswürdiger Geduld das Gelände. Ungefähr um 12 Uhr ging die Bande an die Arbeit. Nachdem sie eine Scheibe des Lagers aufgestoßen hatte, sprengte sie von innen das Schloß und lud seelenruhig die kostbare Diebesbeute, bestehend aus größeren Mengen Zucker, Macaronis, Haferflocken, Marmelade etc. auf ein bereitstehendes Personenauto. Die Bande machte mindestens 2 Fahrten, es können aber auch 3 gewesen sein, bevor sie von der inzwischen aufmerksam gewordenen Polizei festgenommen werden konnte. Nur dem „interessierten“ Verkehrspolizisten gelang es, vorläufig zu entkommen. Bald jedoch konnte auch der identifiziert werden und er gesellte sich zu seinen „Spießgesellen“, für die er die Rolle eines „Schmierensteher“ übernommen hatte.

Der Polizei kann man für ihr rasches und entschlossenes Eingreifen nur gratulieren.

Es wäre aber doch angebracht, wenn man bei der Einstellung von Polizisten (es handelt sich bei dem verhafteten Verkehrspolizisten um einen noch nicht lange im Dienst befindlichen Hilfsbeamten) größere Vorsicht walten lassen würde. Es gibt viele Antifaschisten, die moralisch einwandfrei sind und gerne bereit wären, am Aufbau einer demokratischen Schutzpolizei mitzuarbeiten.

Wohnungsinhaber betätigt sich als Vandal

Der Lindenhof ist bekanntlich der meistzerstörte Stadtteil Mannheims. Man könnte schon deswegen annehmen, daß alle Schichten der Bevölkerung dieses Stadtteils ihr möglichstes tun würden, um die krasse Wohnungsnot zu beseitigen. Daß das nicht so ist, beweist folgender Zwischenfall:

Das Wohnungsamt Mannheim war gezwungen, eine in einer einsturzgefährdeten Behausung wohnende Familie in einem Zimmer des Gebäudes Pfalzplatz 9 unterzubringen. Bevor jedoch die betreffende Familie in den vorgesehenen Raum einziehen konnte, zerstörte der Hauptmieter diesen vollkommen. Das Wohnungsamt hat gegen diesen rücksichtslosen Patron Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Es bleibt nur zu hoffen, daß dieser Verbrecher seiner gerechten Strafe nicht entgehen wird und daß man nicht aus irgendwelchen formalen Gründen das Verfahren einstellt.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 18. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-5. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 39 900.

Um die neue deutsche Schule

Lehrerkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD in Hannover

Zum Jahresbeginn trafen sich in Hannover Vertreter der kommunistischen Lehrerschaft mit Pädagogen der Ostzone, um ihre Erfahrungen auszutauschen und einen Ueberblick über die schulpolitische Situation Deutschlands zu gewinnen. Unzweifelhaft ging aus der Aussprache hervor, daß die Ostzone, einschließlich Berlin, auf diesem für die Entwicklung des jungen deutschen Menschen so entscheidenden Gebiet allen anderen Teilen Deutschlands weit voraus ist.

Die 8jährige Grundschule, deren Einheitlichkeit durch ihre vorbildliche Organisation in allen Teilen der sowjetischen Zone gesichert ist - von noch vorhandenen Schwierigkeiten materieller Natur abgesehen - gibt die Gewähr, daß mit Lernmittelfreiheit und angemessener Erziehungsbefähigung wirklich jedem jungen Menschen die gleiche Chance des Aufstiegs geboten ist. Ausreichende Uebergangsmöglichkeiten sichern auch den Spätbegabungen das Hinüberwechseln zu den die geistigen Berufe vorbereitenden Zügen der Oberschule, während der praktische Zug sowohl die direkt zur Hochschulreife führenden Klassen hat, als auch aus den Berufsschulklassen Uebergangsmöglichkeiten zur Hochschule bietet.

Gegenüber diesem in seinen Auswirkungen nicht zu überschätzenden Fortschritt, der die seit fast 100 Jahren gehegten kühnsten Träume aller fortschrittlichen Lehrer erfüllt und z. T. übertrifft, bietet der Westen Deutschlands schulpolitisch ein betrübliches Abbild seiner ökonomisch-politischen Zerrissenheit.

Die „Neue Zeitung“ vom 12. Januar d. J. hat diesen Zustand, soweit er die US-Zone betrifft, zur Genüge gekennzeichnet. Von der englischen Zone ist zu sagen, daß sie durchweg noch weit hinter der amerikanischen zurückliegt (von Bayern abgesehen, das eine unrühmliche Sonderstellung einnimmt). Ueberall machen sich starke Bestrebungen kirchlicher Kreise bemerkbar, die Schule konfessionell aufzuspalten, den gesamten Unterricht unter christlichem (lies kirchlichem) Führungsanspruch zu gestalten und die 4jährige Grundschule, d. h. die alte Volks-

schule, beizubehalten. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht Hamburg, wo einige Chancen für die Einführung einer 6jährigen Grundschule gegenwärtig noch zu bestehen scheinen.

Auch in Württemberg-Baden fehlt es nicht an Versuchen, den zunächst als Diskussionsgrundlage anerkannten Entwurf des Kultministeriums zu verwässern. So spricht Ministerialdirektor Dr. Franz in seinem Bericht über das Ergebnis der Länderratsbesprechungen schon nicht mehr von der in fünf Zügen gegliederten Mittelstufe, die der entscheidende Teil der gesamten Schulreform ist, sondern scheidet die sogenannte allgemeine Schule (lies Volksschule) von der „Studienschule“. Die gemeinsamen Kernfächer sind dort nur noch Religion, Singen, Zeichnen und Sport.

Es überschreitet den Rahmen dieser Ausführungen, auf Einzelheiten einzugehen. Es ist an der Zeit, daß die württembergisch-badische Lehrerschaft ein nicht zu überhörendes Wort in eigener Sache spricht. Ebenso ist es Pflicht der Eltern, sich mehr als bisher dieser bedeutsamen Frage zuzuwenden und die fortschrittlichen Kräfte in ihrem Bemühen zu unterstützen. Die kommunistischen Lehrer haben in Hannover ihren Standpunkt formuliert. Sie und mit ihr die Kommunistische Partei werden unter Wahrung ihrer grundsätzlichen Auffassung von Trennung von Schule und Kirche und 8jähriger Grundschule jede Lösung unterstützen, die gegenüber dem bisherigen, die Klassenprivilegien schützenden Zustand einen Schritt vorwärts bedeutet.

Insgesamt gesehen tun die Reformer der vereinigten Westzonen (Bremen und mit gewissem Abstand Hessen seien ausgenommen) sich recht schwer, den Geist der Kontrollratsdirektive Nr. 54 in ihren Vorschlägen erkennen zu lassen. Das in Kürze erwartete Treffen aller deutschen Erziehungsminister in Stuttgart muß diese Direktive zur Grundlage der Besprechungen machen. Die Erfüllung der darin niedergelegten Forderungen der Besatzungsmächte ist das mindeste, was jeder wahrhaft demokratische Deutsche erwartet.

W. Boepple, M. d. L.

Export und Import

Die Kohlenhalden im Ruhrgebiet sind überfüllt, trotzdem friert die Bevölkerung der westdeutschen Städte. Der Export von Ruhrkohle steigt und trotzdem trafen, wie die HVZ vom 17. 1. meldet, kürzlich mit dem norwegischen Dampfer „Wilfried“ und dem panamensischen Dampfer „Virago“ 9062 t bzw. 9054 t amerikanische Kohle im Hamburger Hafen ein. Weitere 30 000 t Kohle aus Amerika werden erwartet. Es wäre interessant zu wissen, ob wir für die amerikanische Kohle genau so wenig bezahlen müssen, wie wir für die exportierte deutsche Ruhrkohle erhalten. Dann würden wir bestimmt auch begreifen, warum man ausgerechnet Eulen nach Athen oder Kaugummi nach New York trägt.

Der ewige Hintermann - der Monopolkapitalist

Zeichnung: Georg Wülke



Des „Reiches Einheit“, vom Kommiß erzwungen, Bracht nicht die Freiheit, die das Volk besungen; Denn dafür sorgt - der Mann im Hintergrund!

Es war sein Leitspruch, daß am „deutschen Wesen“ Sollt radikal die ganze Welt genesen! So braucht er es - der Mann im Hintergrund!

Der „Dolchstoß“ hat den Sieg ihm hintertrieben; Der Kaiser ging - die Generale blieben. Und wer blieb noch? Der Mann im Hintergrund!

Hier paart sich Wahnsinn, Machtgier u. Verbrechen; Der Arbeitsmann soll nun die Rechnung blechen. Und nicht etwa - der Mann im Hintergrund!

Ans Hakenkreuz war unser Volk geschlagen; Soll es in Zukunft dieses Zeichen tragen? Nein! Deshalb weg - Du Mann im Hintergrund!